

Politisches Bekenntnis

Charlotte Trippolt

Erschienen in der FREIRAD-Programmzeitung April-Juni 2020

Juhu, endlich ist sie da, die neue österreichische Bundesregierung. Lange hat es gedauert, viele Sondierungsgespräche wurden geführt, später irgendwann auch Koalitionsgespräche. Nach außen, heißt an die Öffentlichkeit, ist währenddessen fast nichts gedrungen. Kurz angebundene Politiker_innen, die klare Aussagen tätigten und wieder verschwanden. Kurz aber blieb. Höflich lächelnd. Vielleicht auch das ein Grund, dass der Informationsgehalt der ohnehin geringen Wortmeldungen so spärlich ausfiel. Die Bevölkerung harrete aus, wartete auf Transparenz und Entscheidungen. Die schließlich auch fielen. Nach einer gefühlten Ewigkeit entschied sich Kurz für die Grünen als koalierende Partei. Und sie sich für ihn und die ihn umringende Partei. Der Auftakt also zu einer neuen und hoffentlich spannenden Legislaturperiode. Das zwanghafte Harmoniebedürfnis, das die hervorgegangene vorangegangene Regierung auszeichnete, kann in die Pause geschickt werden, die Bereitschaft zu konstruktiven Diskussionen darf derweilen gerne ihren Platz einnehmen.

Nächster Schritt im medialen Trubel rund um die neue Regierung: die Verteilung der Zuständigkeitsbereiche. Ministerien werden zu- und zerteilt. Kurz, der Kanzler, kümmert sich von jetzt an höchstpersönlich um die Medienagenden. Kritische Zeitgenoss_innen wittern hier womöglich Gefahr in Verzug. Stichwort: Message Control. Oder: Gefährdung der seriösen und objektiven Berichterstattung durch Angriffe auf Journalist_innen und Medien. Vorsicht ist also durchaus geboten. Und trotzdem: im Vorstand des Verband Freier Radios Österreich (VFRÖ) wird aufgeatmet. Schließlich sitzt mit den Grünen nun eine Partei in der Regierung, die den nichtkommerziellen Medien positiv gesinnt ist, deren Mehrwert kennt und deshalb deren Existenz weder beschneiden noch gänzlich in Frage stellt. Das kommt in politischen Kreisen nämlich durchaus vor. Die Grünen sprachen sich bereits im Vorfeld immer wieder für eine Erhöhung der finanziellen Förderungen von nichtkommerziellen Medien auf Bundesebene aus. Und jetzt findet sich tatsächlich folgende Formulierung im Regierungsprogramm: „Überprüfung der Dotierung des Nichtkommerziellen Rundfunkfonds (NKRF) mit dem Ziel einer Erhöhung im Hinblick auf Entwicklung innovativer Medienformate.“ Weiß auf schwarz steht es jetzt also da, sichtbar für alle. Alles, was da im neuen Regierungsprogramm steht, soll auch – so ließ der Kanzlerbeauftragte für Medienfragen im

Bundeskanzleramt, Gerald Fleischmann, in einem Ö1-Interview verlauten – auch tatsächlich umgesetzt werden. Schön, dass damit auch ihm die Verbindlichkeit dieses, von zwei so unterschiedlichen Parteien ausformulierten Programms durchaus bewusst ist. Unschön allerdings, dass im Regierungsprogramm keine konkrete Summe steht. Im Moment stehen den 14 Freien Radios und drei Freien Fernsehstationen in Österreich durch den Nichtkommerziellen Rundfunkfonds drei Millionen Euro an Bundesförderung zur Verfügung. Gerade so viel, dass die Arbeit in den nichtkommerziellen Medien gemacht, aber im Hinblick etwa auf die sich verändernde Mediennutzung, die digitale Transformationen oder auch Diversität nicht weitergedacht werden kann. Eine Aufstockung des NKRF wird vom VFRÖ deshalb begrüßt. Wie hoch diese allerdings sein wird, hängt vom politischen Willen und dem Verhandlungsgeschick der Interessenvertretung ab. Diese muss immer wieder klar machen, dass die nichtkommerziellen Medien aus der österreichischen Medienlandschaft nicht mehr wegzudenken sind. Weil sie durch ihre Unabhängigkeit und Werbefreiheit Meinungsvielfalt befördern. Weil sie medial unterrepräsentierte Gruppen und Personen zu Wort kommen lassen. Weil sie die Menschen zur Partizipation ermutigen. Die Argumentation der Interessenvertretung können Leser_innen dementsprechend leicht unterstützen: Indem ihr die Angebote Freier Radios nutzt. Schaltet sie ein, gestaltet sie mit. Damit es auch weiterhin ein breites Angebot an Sendungen mit hohem und vielseitigem Unterhaltungs- und Informationsgehalt gibt. Damit die Message Control im Mediensektor nicht um sich greift. Fünf Jahre sind schließlich eine lange Zeit. Geldsegen hin oder her.

Charlotte Trippolt